

## KURZ UND PRÄGNANT

### Engagiert für die Museumslandschaft

Nachdem Günter Schuchardt als Präsident des Thüringer Museumsverbandes wiedergewählt worden war, hat ihm die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Katja Mitteldorf, gratuliert und seine engagierte Arbeit für den Erhalt und die Stärkung der vielfältigen Thüringer Museumslandschaft gewürdigt. Der Regierungskoalition sei die Sicherung der Kulturgüter in Thüringen ein wichtiges Anliegen, so Katja Mitteldorf, die selbst am Verbandstag am 24. September in Dornburg teilgenommen hatte, mit Verweis auf die Leistungen der vom Museumsverband vertretenen mehr als 230 Einrichtungen.

Sie begrüße, dass mit dem im Koalitionsvertrag verankertem Volontariatsprogramm des Landes zur Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs für die Museen begonnen wurde. Zudem werde mit dem Restaurierungsprogramm, das die Landesregierung jetzt aufgelegt und mit 200.000 Euro ausgestattet hat, der Restaurierungstau bei den vielfältigen musealen Schätzen abgebaut. ■

### AfD lähmt bewusst die Justiz in Thüringen

*Die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland“ hat ihren Wahlvorschlag für den Thüringer Richterwahlausschuss zurückgezogen. Bereits in der vergangenen Plenarsitzung hatten offenbar die AfD-Abgeordneten gegen ihren eigenen Kandidaten gestimmt, um die Arbeit des Richterwahlausschusses zu blockieren. Dazu die rechtspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Iris Martin-Gehl:*

„Die AfD hat erneut bewiesen, dass es ihr nicht um konstruktive Politik, sondern allein um verantwortungslosen Populismus geht. Der in der Thüringer Verfassung verankerte Richterwahlausschuss muss endlich die Arbeit aufnehmen, um Richter auf Lebenszeit berufen zu können und so die Arbeit der Justiz zu gewährleisten. Das parteipolitisch motivierte Taktieren der AfD lähmt die Thüringer Gerichte. Dass der Wahlvorschlag der AfD nicht die notwendigen persönlichen Eigenschaften mitbringt, liegt auf der Hand und wurde von uns und den demokratischen Fraktionen wiederholt kritisiert. Aber da die Thüringer Landesverfassung die Vertretung aller Fraktionen im Richterwahlausschuss verlangt, waren die demokratischen Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE und SPD bereit, gegen ihre Überzeugung diesen zu wählen. Der AfD aber geht es darum, das Parlament zu brüskieren, rechtsstaatliche Strukturen zu lähmen.“ ■

# Reformstau im Land wird aufgebrochen

## Regierungserklärung zum Kommunalen Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“

**„Klar erkennbar ist der Zusammenhang zwischen der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform im Leitbild der Landesregierung für ein zukunftsfähiges Thüringen. Damit wird der Reformstau im Lande aufgebrochen, so der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion die LINKE, Frank Kuschel, in seiner Rede am 2. Oktober im Landtag zur Regierungserklärung von Holger Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales.“**

Der Innenminister hatte in seinen Ausführungen zunächst auf die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung hingewiesen. Thüringen wird im Jahr 2035 voraussichtlich weniger als 1,9 Millionen Einwohner zählen. Noch drastischer wird es im Bereich der Erwerbsfähigkeit aussehen. Nur noch wenig mehr als 900.000 Thüringer werden dann im erwerbsfähigen Alter sein. Das sind weniger als 50 Prozent der Bevölkerung.

Der Bevölkerungsrückgang wird der Vorausberechnung zufolge alle Landkreise und kreisfreien Städte bis auf Erfurt, Jena und Eisenach betreffen.

Holger Poppenhäger weiter: „Neben dem Rückgang der Einwohnerzahl – weniger Einwohner führen automatisch auch zu sinkenden Einnahmen des Landes – bestimmen weitere Faktoren die künftige Handlungsfähigkeit unseres Freistaats:

Dies sind insbesondere das Auslaufen des Solidarpakts II und die Verringerung der Fördermittel der Europäischen Union. Bis zum Jahr 2020 greift zudem die im Grundgesetz verankerte

Schuldenbremse für die Länder. Diese absehbare Entwicklung bildet die Entscheidungsgrundlage für Planungen auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene. Selbstverständlich muss auch die öffentliche Verwaltung hierauf reagieren. Nicht zuletzt muss es darum gehen, die Qualität der öffentlichen Verwaltung unter diesen Rahmenbedingungen weiterhin zu gewährleisten.“

Vielerorts fehle bereits jetzt eine hinreichende Leistungs- und Verwaltungskraft. In der Folge seien kommunale Gestaltungsmöglichkeiten nur eingeschränkt gegeben. Bürgerschaftliche Beteiligung gehe mangels materieller Bezüge zunehmend ins Leere.

### „Niemand will einfach eine Schablone über das Land legen“

Es bestehe die Gefahr, dass unzureichende Verwaltungsstrukturen die Stärkung der Wirtschaftskraft in Thüringen hemmen. Die Regierungskoalition habe in ihrem Koalitionsvertrag die Durchführung einer Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform als eine der wichtigsten Herausforderungen aufgeführt, vor denen Thüringen gegenwärtig steht.

„Wir brauchen eine professionelle und zugleich bürgernahe Verwaltung. Wir wollen Potentiale, die sich beispielsweise aus Synergieeffekten ergeben, schaffen und besser nutzen. Aufgaben können dann wirkungsvoller und mit geringerem Aufwand erledigt werden. Neue Handlungs- und Gestaltungsräume eröffnen sich“, betonte der Minister. Dabei würden natürlich

regionale Besonderheiten beachtet. „Niemand will einfach eine Schablone über das Land legen, die mit den Thüringer Identitäten völlig inkompatibel wäre. Ob die Rhön, das Eichsfeld oder der Thüringer Wald, diese regionalen Thüringer Besonderheiten können miteinander stärker und nachhaltiger als gesetzgeberisch festgelegte Kreisgrenzen wirken.“

### Spätestens zu den Kreistags- und Gemeinderatswahlen 2019

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gestellt, die Reformmaßnahmen spätestens zu den Kreistags- und Gemeinderatswahlen im Jahr 2019 wirksam werden zu lassen. „Dabei betone ich ausdrücklich: Bei dem vorliegenden Leitbildentwurf handelt es sich zunächst um Eckwerte, die als Grundlage für eine breite gesellschaftliche Diskussion dienen sollen. Es sind Vorstellungen der Landesregierung, die sie mit den jeweiligen Verantwortlichen, Interessenvertretern und den Bürgerinnen und Bürgern umfassend erörtern wird“, unterstrich Poppenhäger.

Alle Bürger können außerdem das Papier auf den Internetseiten des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales abrufen. Der Minister kündigte an, dass er in den kommenden Monaten den Leitbildentwurf in öffentlichen Regionalkonferenzen vorstellen wird.

Der Gesetzesentwurf soll dem Landtag im Frühjahr 2016 zugeleitet werden, so dass das Gesetz bis zur Sommerpause verabschiedet werden kann. ■

## Eckpunkte des vorgestellten Leitbildes

Das Kabinett hat in seiner Sitzung am 22. September 2015 den vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales eingebrachten Entwurf zum Kommunalen Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ mit Eckwerten beschlossen. In den kommenden Monaten werden diese Eckwerte in Regionalkonferenzen den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt und können öffentlich diskutiert werden. Die Ergebnisse der Debatte finden im Ende des Jahres zu beschließenden Leitbild und dem darauf folgenden Vorschaltgesetz Berücksichtigung.

Erste wichtige Kriterien für die Beurteilung der Zukunftsfähigkeit von Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden sind zum einen die Festlegung von Mindesteinwohnerzahlen unter Beachtung der bereits eingetretenen und prognostizierten Bevölkerungsentwicklung bezogen auf das Jahr 2035 und zum anderen – bezogen auf die Landkreise – die Flächen der neuen Gebietskörperschaften. Der Entwurf eines Leitbildes geht von ver-

schiedenen Korridoren aus. So sollen Landkreise nicht weniger als 130.000 Einwohner haben. Landkreise sollen zudem eine Fläche von 2.500 Quadratkilometern nicht überschreiten.

Bezüglich der kreisangehörigen Gemeinden haben freiwillige Zusammenschlüsse Vorrang. Die Tragfähigkeit sowie die erforderliche Leistungs- und Verwaltungskraft der gemeindlichen Ebene soll durch die Konzentration auf Einheits- und Landgemeinden gewährleistet werden. Hierüber verfügen in der Regel Einheits- und Landgemeinden mit mindestens 6.000 bis 8.000 Einwohnern. Verwaltungsgemeinschaften und erfüllende Gemeinden sollen zukünftig zu Einheits- oder Landgemeinden fortentwickelt werden.

Kreisfreie Städte gelten als zukunftsfähig, wenn sie dauerhaft nicht weniger als 100.000 Einwohner haben. Daneben sind für das Erreichen der angestrebten Ziele weitere Indikatoren und regionale Besonderheiten zu beachten, wie beispielsweise die verwaltungsgeografische Kongruenz, die Entwick-

lungsfähigkeit, die sozioökonomische und fiskalische Ausgleichsfähigkeit, die ebenenübergreifende Funktionalität oder die Ortsnähe, Teilhabe und Identität. Bei kommunalen Neugliederungsmaßnahmen sollen grundsätzlich die mittelzentralen Funktionsräume aus dem Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 (LEP 2025) sowie die Grundversorgungsbereiche aus den Regionalplänen der Regionalen Planungsgemeinschaften berücksichtigt werden. Die Stärkung der zentralen Orte ist bei der Optimierung der Verwaltungsstrukturen der gemeindlichen Ebene vorrangig.

Das Leitbild sieht zur Stärkung des Ortsteils- bzw. des Ortschaftsrechts der Gemeinden vor, die Befugnisse und Beteiligungsmöglichkeiten ihrer Organe zu erweitern. Mit Blick auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort sollen die öffentlichen Leistungen in vertret- und realisierbaren Rahmen auch in Bürgerservicebüros der Ebene der Ortsteile bzw. Ortschaften erbracht werden. ■